

Schweizer Koordination gerechter Welthandel Coordination Suisse-OMC

Vorstand: Alliance Sud, Erklärung von Bern, Pro Natura,
Schweizerischer Bauernverband, Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Uniterre

Medienkonferenz: WTO-Ministerkonferenz in Hongkong
Bern, 5. Dezember 2005

Die WTO-Verhandlungen über den Handel mit Industriegütern Zwangsjacke für eine eigenständige Industrialisierungspolitik

Neben der Landwirtschaft sind die Industriezölle ein anderes zentrales Thema der laufenden WTO-Verhandlungsrunde, nachdem auf Druck der Entwicklungsländer die drei wichtigsten „Singapur-Themen“ (Investitionen, Wettbewerb, Transparenz der öffentlichen Märkte) aus der Agenda der Doha-Runde gestrichen wurden. Zusammen mit weiteren Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich bilden Konzessionen bei den Industriezöllen das „Retourgeld“, das insbesondere die USA und die EU auf Druck ihrer Exportunternehmen für allfällige Zugeständnisse bei der Landwirtschaft einfordern. Auch die Schweiz fordert sehr aggressiv Marktöffnungen in diesen beiden Bereichen. Die Minister der Afrikanischen Union, der APK¹-Staaten und der am wenigsten entwickelten Länder bezeichneten dieses Ansinnen hingegen als „erhebliche Bedrohung der Entwicklungschancen“, als im Juli 2004 der Rahmen für die Verhandlungen abgesteckt wurde.

Tatsächlich geht es bei der Auseinandersetzung um die Industriezölle um Entscheidendes: Es geht darum, ob Regierungen armer Länder künftig eine eigenständige Industriepolitik betreiben dürfen, die den Interessen und dem Entwicklungsstand ihres Landes entspricht. Natürlich kann sich kein Land industrialisieren, wenn es sich völlig gegen aussen abschottet. Aber umgekehrt hat es bisher auch noch keines geschafft, eine konkurrenzfähige Industrie aufzubauen, ohne diese in einer Anfangsphase gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen. Der Erfolg von Ländern wie Südkorea, Taiwan oder Indien beruht auf einer geschickten Mischung von Marktschutz und Marktöffnung, je nach Stand der Entwicklung und Branche. Diese Länder öffneten ihre Märkte erst, als die Industriezweige, die sie als strategisch betrachteten, der ausländischen Konkurrenz gewachsen waren. Auch die reichen Länder haben sich in ihrer Industrialisierung der Zollpolitik bedient: Die USA belegten Ende des 19. Jahrhunderts, als das Pro-Kopfeinkommen etwa so hoch war wie heute in den Entwicklungsländern, Industrieprodukte mit einem Einfuhrzoll von durchschnittlich 50%. Demgegenüber nehmen sich die heutigen Durchschnittszölle der Entwicklungs- bzw. ärmsten Länder (8,1% bzw. 13,6%) geradezu bescheiden aus. Selbst ein Land wie Mauritius, das gerne als Paradebeispiel für eine gelungene Entwicklung zitiert wird, öffnete seine Märkte behutsam und selektiv: Noch

¹ Afrika, Pazifik, Karibik

Anfang der 90er-Jahre bezeichnete der IWF Mauritius als eine der am besten geschützten Ökonomien der Welt.

Entgegen den eigenen historischen Erfahrung drängen die Industriestaaten die Entwicklungsländer zu einem generellen Abbau ihrer Industriezölle. Das ist auf vierfache Weise schädlich:

1. Erosion des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums

Um eine eigenständige Industrialisierungspolitik betreiben zu können, müssen Entwicklungsländer über genügend Handlungsspielraum verfügen, um die Einfuhrzölle nach Gutdünken senken oder erhöhen zu können oder nicht-tarifarisches Massnahmen zu ergreifen, um die Umwelt zu schützen. Also um jenen Mix zwischen Protektionismus und Marktöffnung anwenden zu können, den viele Länder zum wirtschaftlichen Erfolg führte. Viele Regierungen weigern sich berechtigterweise, sich gegenüber der WTO auf eine Plafonierung dieser Zölle zu verpflichten. Genau das aber fordern die Industrieländer für praktisch alle Industriewaren. Es würde den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum der Entwicklungsländer massiv einschränken.

2. Desindustrialisierung

Die Industrieländer verlangen nicht nur die Plafonierung, sondern auch einen radikalen Abbau der Industriezölle. Sie schlagen eine Formel vor (die sog. *Swiss Formula*), die auf alle Gütergruppen anzuwenden ist und eine um so stärkere Reduktion vorsieht, je höher ein Zoll ist. Auf gewissen Produkten soll der Zoll sehr rasch reduziert und ganz abgeschafft werden, insbesondere bei Fischereiprodukten, Edelsteinen und -metallen u.a. Da die Entwicklungsländer durchschnittlich erheblich höhere Zölle kennen als die Industrieländer, wären vor allem sie von dieser *Swiss Formula* betroffen. Das widerspricht de facto dem Mandat von Doha, wonach die laufende Verhandlungsrunde den „speziellen Interessen und Bedürfnissen der Entwicklungsländer“ entgegenkommen soll (gemäss dem Prinzip der „besonderen und differenzierten Behandlung“).

Die Industriestaaten behaupten, die Öffnung der Industriegütermärkte nütze auch den Entwicklungsländern und ihren armen Schichten. Sie berufen sich dabei auf ökonomische Modellrechnungen. Die Erfahrungen vieler Länder, vor allem in Afrika und Lateinamerika, zeigen freilich ein anderes Bild: Untersuchungen etwa der Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) zeigen, dass forcierte Marktöffnungen zu Fabrik-schliessungen, höherer Arbeitslosigkeit und schlechteren Arbeitsbedingungen führen können.

So verschwand in der verarbeitenden Industrie Senegals ein Drittel der Arbeitsplätze, nachdem der Internationale Währungsfonds (IWF) in den 80er- und 90er-Jahren eine Zollsenkung um 70 Prozent durchgesetzt hatte. In Ecuador führten Zollsenkungen zu einer Verfünffachung der Konsumgüterimporte zwischen 1990 und 1999 (von 229 Mio. auf 1,3 Mrd. Dollar). Gleichzeitig wuchs die Arbeitslosigkeit unter der städtischen Bevölkerung von 6 auf 14,4%, beim ärmsten Fünftel der Gesellschaft von 10 auf 24%. In vielen, vor allem afrikanischen Ländern haben die Handelsliberalisierungen die Abhängigkeit von einem oder zwei Rohstoffen verschärft, statt die Produktion zu diversifizieren.

3. Einbussen bei den Staatseinnahmen

Zölle sind für Entwicklungsländer auch wichtige Einnahmequellen. In Schwarzafrika machen sie durchschnittlich 27% der Staatseinnahmen aus, in Südasien 37% – gegenüber bloss 1 Prozent in den OECD-Ländern. Wenn sich die Industrieländer mit ihrer Zollreduktion durchsetzen, so schlägt das direkt auf die Budgets armer Länder durch und schränkt diese bei der Bekämpfung der Armut ein (Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich, bei Infrastrukturbauten). Hinzu kämen weitere Probleme wegen der zunehmenden Ungleichgewichte in der Zahlungs- und Handelsbilanz, des Drucks auf die Währungsreserven und einer generellen makroökonomischen Instabilität.

4. Zerstörung der Umwelt

Zu den Industriewaren, deren Handel massiv liberalisiert werden soll, gehören auch natürliche Ressourcen wie Produkte der Forstwirtschaft, der Fischerei und des Energiesektors (Öl, Gas, Bergbau). Sie werden schon heute nicht nachhaltig gefördert, und eine weitere Liberalisierung hätte schlimme Folgen nicht nur für die Bevölkerungen, die davon bzw. im Abbaugbiet leben, sondern auch auf das Klima und die Artenvielfalt.

Die WTO-Verhandlungen über den Industriesektor sind derzeit wegen diesen vier Problemfeldern extrem polarisiert und de facto blockiert. Die Entwicklungsländer verlangen zu ihren Gunsten eine spezielle und differenzierte Behandlung. Sie haben eine Reihe von eigenen Vorschlägen zur Zollreduktion eingereicht, die ihren Entwicklungsbedürfnissen besser Rechnung tragen – bisher leider ohne Erfolg.

Michel Egger, Koordinator für Entwicklungspolitik, Alliance Sud

Tel. 021 612 00 97 oder 079 599 97 30

michel.egger@alliancesud.ch; www.alliancesud.ch